

# „Eine Zeit größter Herausforderungen“

31. August 2022 – Ministerpräsident Hendrik Wüst hat in der ersten Regierungserklärung nach seiner Wiederwahl die Ziele der schwarz-grünen Landesregierung vorgestellt. Er betonte: „Wir erleben eine Zeit größter Herausforderungen.“ Als Beispiele nannte Wüst den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, die Energiekrise, die Corona-Pandemie. Aufgabe der Politik sei es, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und sich dabei ausschließlich am Wohl der Menschen zu orientieren.

Preiserhöhungen infolge der Energiekrise betreffen besonders jene Menschen, die zuvor schon jeden Euro zweimal hätten umdrehen müssen, sagte Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU). Eine warme Wohnung, der Weg zur Arbeit und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben dürften kein Luxus sein. „Normale Leute“ müssten sich ein „normales Leben“ leisten können. Auf genau diese Menschen müsse das „dritte Entlastungspaket“ abzielen. Das Land Nordrhein-Westfalen sei bereit, Entlastungen mitzutragen.

Ein weiteres Thema: Corona. Die Pandemie sei nicht vorbei, betonte Wüst. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erwarteten für den Herbst eine neue Welle: „Wir wissen aber besser damit umzugehen.“ Bereits im Sommer habe man damit begonnen, sich auf Herbst und Winter vorzubereiten. Die Landesregierung werde „alles tun, damit Kinder im Winter in die Schule gehen können“. Eltern, Kinder und Lehrkräfte bräuchten Klarheit und Verlässlichkeit. Beides biete die Landesregierung von CDU und Grünen.

Ministerpräsident  
Hendrik Wüst (CDU)



Der Bevölkerung in der Ukraine sicherte Wüst erneut die Unterstützung Nordrhein-Westfalens zu: „Wir stehen heute und in Zukunft an Ihrer Seite.“ Mehr als 200.000 Ukrainerinnen und Ukrainer hätten Zuflucht in NRW gefunden. „Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind da, wenn es darauf ankommt“, sagte Wüst. „Sie helfen in der Not.“

## Industrieland NRW

Nordrhein-Westfalen sei seit 200 Jahren das Zentrum der deutschen Industrie, so der Ministerpräsident: „Wir sind Industrieland, weil wir Energieland sind.“ Gute Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit hingen „ganz maßgeblich von einer vitalen und leistungsstarken Industrie“ ab. Bei der Energieversorgung stehe das Land nun vor besonderen Herausforderungen. Erforderlich seien „neue Lieferbeziehungen für Gas, um unabhängig von Russland zu werden“, und eine „Flexibilität bei der Kohleverstromung“. Die Landesregierung sei „bereit, weitere Kohlekraftwerke aus der Reserve wieder ans Netz zu lassen, ohne am Kohleausstieg 2030 zu rütteln“. Zugleich müsse der Ausbau der Erneuerbaren Energien „mit ganzer Kraft“ vorangetrieben werden. Dies gelinge nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort.

Der Ministerpräsident kündigte in seiner Regierungserklärung erhebliche Investitionen u. a. in den Umwelt- und Naturschutz an. „Der Schutz des Klimas ist die größte Herausforderung unserer Zeit“, sagte er. Die Landesregierung wolle Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Region Europas machen. Jeder wirtschaftliche Wandel habe aber auch stets eine soziale Dimension. Den Menschen müsse die Sicherheit ge-

geben werden, „dass sich zwar manches ändert, sie aber auch in Zukunft mit Fleiß und Einsatz ein gutes Leben führen können“.

Im Mittelpunkt der Landespolitik stünden Familien, Kinder und Jugendliche, sagte Wüst und nannte als Grundlage den Aktionsplan „Familienfreundlichkeit Nordrhein-Westfalen“. Das Betreuungsangebot in Kitas und in der Tagespflege solle ausgebaut, das dritte Kita-Jahr vor der Einschulung beitragsfrei werden. Das Land werde noch einmal 10.000 zusätzliche Lehrkräfte einstellen. Die Eingangsbesoldung für alle Lehrämter solle in einem Stufenplan auf A 13 angehoben und die Besoldung für die aktiven Lehrkräfte angepasst werden.

Der Kinder- und Jugendschutz werde weiter gestärkt, die Bekämpfung von Sexualdelikten solle dabei ein Schwerpunkt sein, kündigte Wüst an. „Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt zu stellen, heißt auch, dass sie mitreden und mitbestimmen können“, sagte der Ministerpräsident. Deshalb sollen bei Landtagswahlen künftig auch 16-Jährige wählen können.

Die Polizei solle personell verstärkt und besser ausgestattet werden. „Bei uns gilt die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren. Wir wollen insbesondere den Schwachen zu ihrem Recht verhelfen und haben besonders die Opfer im Blick – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, sexueller Orientierung oder Geldbeutel“, so der Ministerpräsident.

Weitere Themen der Regierungserklärung waren u. a. Verkehr und Mobilität, Forschung und Entwicklung, Landwirtschaft, Kultur und Kommunales. Wüst kündigte zudem Initiativen gegen das Phänomen „Einsamkeit“ an. Dabei werde man auf Ergebnisse der Enquetekommission aus der vergangenen Wahlperiode zum Thema zurückgreifen. *zab*